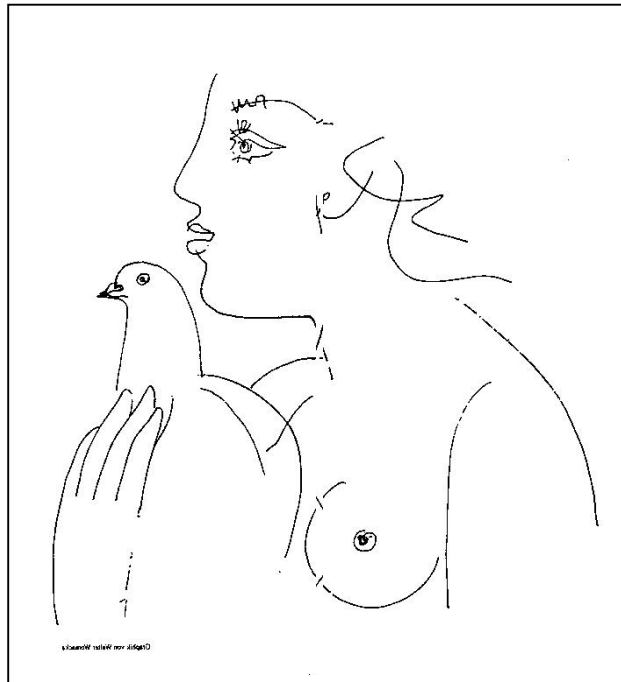


Nr. 167



Zwei historische Gedenktage

*Eine Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht
und
Menschenwürde.*

**70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und
Krieg**

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: April 2015

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Zwei historische Gedenktage.

Eine Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde.

Die Mitglieder der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde begehen den 8. Mai zusammen mit dem 9. Mai als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ und als „Tag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg“. In diesem Jahr wird der 70. Jahrestag dieser beiden herausragenden historischen Ereignisse des XX. Jahrhunderts begangen. In guter Tradition aus der Zeit der DDR würdigen wir die kolossalen Leistungen und Opfer, die die Völker der Sowjetunion, insbesondere das russische Volk, in der Antihitlerkoalition für den Sieg über den Hitlerfaschismus erbracht haben und damit wesentlich die Befreiung Europas und unseres Volkes vom faschistischen Regime ermöglicht haben.

Mit dieser Befreiungstat wurden

- das deutsche faschistische Staatswesen zerschlagen, das in seinem terroristischen und mörderischen Charakter nicht zu überbieten war, das die Menschenvernichtung fabrikmäßig organisierte und dabei war, die Völker Europas zu versklaven;
- dem von ihm angezettelte Vernichtungskrieg mit unsäglichem menschlichen Opfern und Verwüstungen ein Ende gesetzt. Mehr als 27 Millionen Sowjetbürger haben dafür ihr Leben gegeben, an ihrer Seite Tausende Kämpfer der Alliierten und der Partisanenverbände in vielen europäischen Ländern;
- das Abgleiten Europas in Barbarei und Sklaverei mit Millionen Arbeitssklaven unter der Knute einer privilegierten Rasse aufgehalten.

Das sind die historischen Dimensionen und wer glaubt, diese nach 70 Jahren zu leugnen oder verdrängen zu können ist entweder ignorant oder böswillig.

Die Mitglieder unserer Gesellschaft wenden sich entschieden gegen alle Versuche diese historische Bedeutung des 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus und des 9. Mai als Tag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg zu relativieren und zu verfälschen oder sie der politischen Konjunktur zu unterwerfen.

* * *

Diese historischen Gedenktage verpflichten zur Besinnung und zur Beantwortung der Frage: Wie konnte es geschehen? Wie konnte in Deutschland und in Europa, mit jahrhundertealten Werten in Kultur und politischer Tradition der Aufklärung, ein derart mörderisches Regime an die Macht befördert werden?

Diese Fragen sind zu beantworten - besonders auch angesichts des gegenwärtigen unwürdigen Umgangs der offiziellen Politik mit diesen Gedenktagen.

Es waren die Aushöhlung der Demokratie und der Missbrauch ihrer Institutionen im Interesse der Machterhaltung der Bourgeoisie; die politischen Freiräume, die damit für Rechtsnihilismus, für Revanchismus, für Rassismus und Antisemitismus geschaffen wurden. Flagranter Menschenrechtsverletzungen, die Militarisierung der Gesellschaft und die ungeheure soziale Polarisierung und Verelendung der werktätigen Massen prägten die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre der Weimarer Republik. Es hatte sich eine starke Arbeiterbewegung entwickelt, deren Einfluss ständig wuchs. In dieser Situation, die durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft wurde, hat die Großbourgeoisie die Faschisten an die Macht geschoben, als „Ordnungsfaktor“ für den Erhalt des kapitalistischen Systems und ihrer Profitinteressen.

Birgt nicht die heutige Gesellschaft, die viel beschworene freiheitlich-demokratische Grundordnung ähnliche Gefahren in sich? Mögen die Bilder unterschiedlich sein – im Wesen sind sie gleich. Umso mehr ist es notwendig antifaschistische Aktionen zu organisieren bzw. zu unterstützen, antifaschistische Aufklärung zu betreiben, die die historischen und sozialen Wurzeln faschistischer Ideologie entlarvt.

Das ist eine abzutragende Schuld gegenüber den ungeheuren Opfern, die für die Befreiung vom Faschismus gebracht wurden und eine Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

Die Mitglieder unserer Gesellschaft werden sich in diesem Sinne auch zukünftig im Verbund mit anderen Organisationen aktiv an der antifaschistischen Arbeit beteiligen, stärker noch den antifaschistischen Charakter unserer Gesellschaft ausprägen.

* * *

Der Umgang der Bundesregierung – und unter ihrem Einfluss vieler europäischer Regierungen – sowie der sogenannten Leitmedien mit diesen beiden Gedenktagen ist nicht dazu angehtan, nationalistischen und rechts-populistischen Stimmungen entgegenzuwirken. Im Gegenteil. Die viel beschworene offizielle Erinnerungskultur hat weder etwas mit Erinnerung – im Sinne der historischen Wahrheit – noch etwas mit Kultur – im Sinne eines kulturvollen Umgangs mit dem Erinnern – zu tun. Am deutlichsten wird das in dem Bemühen auf verschiedene Art und Weise Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe zu stellen. Es ist beschämend festzustellen, welche Signale dazu vom politischen Establishment dieser BRD in die Gesellschaft hinein getragen werden.

Durch die politischen Eliten werden Gedenken und gar Lehren aus der Geschichte mehr und mehr durch die Ideologie einer neuen Vormachtstellung Deutschlands, der „größeren Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ und des „stärkeren militärischen Engagements“ verdrängt. Dabei stützen sie sich

auf die wirtschaftliche Macht; die vor allem durch wachsende Ausbeutung der Werktätigen erzwungen wurde und wird.

Diktiert von diesem neuen Machtstreben agiert die Regierung der BRD in der internationalen Politik, insbesondere bei der Lösung des Konfliktes um die Ukraine. Sie stellte und stellt sich aktiv an die Seite der von radikal - nationalistischen und faschistoiden Elementen sowie Oligarchen durchgesetzten Opposition und unterstützte aktiv deren Machübernahme.

Die in diesem Zusammenhang von Regierung und Medien in treuer Gefolgschaft mit den USA betriebene Politik gegen Russland richtet unermesslichen Schaden an für Frieden und Sicherheit in Europa, für die ökonomische Entwicklung des Kontinents aber auch für das Denken und Fühlen in der Gesellschaft, wo alte, antirussische Ressentiments wieder um sich greifen.

„Deutschland ist wieder wer“ und ist in der NATO aktiv an der Schaffung eines aggressiven Rings um Russland beteiligt, nimmt dabei führende Positionen ein.

Deutschland spielt eine bestimmende Rolle bei der Durchsetzung der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik gegen Russland und bedient dabei die Interessen der USA.

So richtet sich seine Politik gegen das Land und die Menschen, die die größte Last bei der Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren getragen haben.

Die Ignoranz der Geschichte ist kaum zu überbieten!

Unsere Gesellschaft sieht Deutschland nicht unter den Gesichtspunkt „wer wieder wer oder was ist“ sie sieht unser Land als ein Land, das aus seiner historischen Verantwortung heraus, mit seinem menschlichen und ökonomischen Potential alles dafür tun sollte, nationalistische und rechtspopulistische Entwicklungen, die in neuen Formen von Faschismus münden können, zu verhindern sowie eine friedliche Entwicklung und einen Interessenausgleich zwischen den Völkern des europäischen Kontinents herbeizuführen.

* * *

Im Sinne dieser Erklärung werden die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. und ihre Mitglieder im engen Verbund mit anderen fortschrittlichen Organisationen den 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg und den 9. Mai als Tag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg würdig begehen.

Wir sehen uns in der Pflicht des Schwurs der befreiten Häftlinge von Buchenwald, in dem es heißt

**„Die Vernichtung des Nazismus
mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt
des Friedens und der Freiheit
ist unser Ziel.“**

Berlin, im April 2015

70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg

Prof. Dr. Georg Grasnack

Wie konnte es geschehen, dass von deutschem Boden im 20. Jahrhundert ein Krieg in die Welt getragen wurde, der mit der größten Katastrophe für unser Volk endete? Der den deutschen Namen mit millionenfachen bestialischen Menschenmorden, mit industrieller Menschenvernichtung und Vernichtungskrieg befleckte?

Wir blicken zurück in die 1920er Jahre.

In den USA löst 1929 ein Börsenkrach mit enormen Kursverlusten eine Weltwirtschaftskrise aus. Die Länder des Kapitals werden von ihr erfasst.

Die Herren des Finanzkapitals und der Schwerindustrie wollen die Lasten der Krise auf die breiten Massen abwälzen. Sie verlangen den Abbau demokratischer Rechte. Notverordnungen werden üblich. Steuergeschenke an die Konzerne und Steuererhöhungen für die Verbraucher, Lohnabbau, Tariferhöhungen, höhere Beiträge für Arbeitslosen- und Krankenversicherung werden durchgesetzt. Im Januar 1930 sind bereits 3,2 Millionen Arbeitslose registriert, 1932 sind es sechs Millionen. Fünf Millionen werden im Laufe der Jahre aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert und in die Wohlfahrtsunterstützung abgeschoben. Immer wieder kommt es zu Streiks. Trotz Verbots werden Protestdemonstrationen durchgeführt. Die Polizei greift brutal ein. Kampforganisationen der Arbeiterbewegung werden verboten. Die Arbeiterbewegung gewinnt an Einfluss – ist aber gespalten.

Die Kabinette der Regierung wechseln und driften immer weiter nach rechts ab.

Die Nazis werden an die Macht gebracht

Die Folgen der Krise bilden für die faschistische Bewegung ein ideales Aktionsfeld. Soziale Demagogie wird groß geschrieben. Der Diktatfrieden von Versailles müsse weg und „Deutschlands Größe“ wieder hergestellt werden. In Hitlers „Mein Kampf“ wird mit einer Kampfansage an den ersten sozialistischen Staat der Welt eine „Bedrohung“ durch eine „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ konstruiert. 1932 warnt die KPD anlässlich der Wahl zum Reichspräsident: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“

Einen Aufschwung erfährt die faschistische Bewegung, nachdem das Ruhrkohlsyndikat beschlossen hat, pro Tonne verkaufter Kohle fünf Pfennig zur Finanzierung der NSDAP abzugeben.

Die braunen Demagogen versprechen die „Beschlagnahme der Kriegsgewinne“, die „Verstaatlichung der Trustbetriebe“, die „Brechung der Zinsknechtschaft“. Die „Trustherren“ zeigen sich davon nicht berührt. Sie wissen, dass von dieser Partei ihre Herrschaft nicht angetastet wird. Seit 1927 tauschen sie sich mit Nazi-Führern aus. Tatsächlich nehmen die Nazis 1932 aus der siebten Auflage ihres Parteiprogramms entsprechende Forderungen raus.

Am 27. Januar 1933 werden Hitler, Göring und Heß von den Herren der Großindustrie zu einer internen Beratung eingeladen. Thyssen, Krupp von Bohlen und Halbach, Flick, Haniel, Borsig, Vögler und andere wollen das Angebot der Nazi-Führer für den Ausweg aus der Krise hören. Hitlers Angebot stellt die Bosse zufrieden.

Hitler wird daraufhin von Reichspräsident Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt.

Hitler als Chef der Nazi-Partei und als Reichskanzler nimmt programmgemäß Kurs auf die vom deutschen Imperialismus und Faschismus angestrebten Ziele:

Das waren erstens: Revanche für die Niederlage im Ersten Weltkrieg und Schaffung eines Großdeutschen Reiches mit Kolonialbesitz. Zweitens: Ankurbelung der Wirtschaft und Militarisierung, um die Voraussetzungen für einen zweiten Versuch zur Erringung der Weltherrschaft zu schaffen. Und drittens: Absicherung dieser volks- und friedensfeindlichen Politik im Inneren.

Im Klartext und in der politischen Praxis hieß das:

In der Außenpolitik sollen die durch den Versailler Vertrag nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verlorengegangenen Gebiete zurückerobert werden. „Lebensraum“ ist zu schaffen, um, wie verkündet wurde, das deutsche Volk dauerhaft ernähren zu können. Angestrebt war das „arische Großdeutsche Reich“, das sich über Polen bis weit in die Sowjetunion hinein erstrecken sollte. Europa müsste rassisch neu geordnet, „lebensunwertes Leben“ beseitigt werden, was vor allem auf die Vernichtung von Juden, Sinti und Roma und „russischer Untermenschen“ zielte. Das Vernichtungsprogramm gipfelte in der Liquidierung des „jüdisch-bolschewistischen Systems, wie es Hitler in „Mein Kampf“ formuliert und Nazi-Chefideologe Rosenberg 1928 umfassend erläutert hatte.

In der Wirtschaft sollte zielstrebig die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben werden. Aus dem Versailler Vertrag stammende Auflagen zur Reduzierung der deutschen Wehrkraft sollten systematisch überwunden werden.

Im Innern des Landes sollten zur Absicherung dieser Planung mit Hilfe einer terroristischen Diktatur die Grundrechte beseitigt und jeglicher Widerstand ausgeschaltet werden.

Und damit begann das faschistische Terrorregime

Die KPD wurde sofort verboten. Funktionäre und aktive Mitglieder wurden verhaftet, in erste, schnell errichtete KZ geworfen. Wenige Monate später erfolgten das Verbot der SPD und die Zerschlagung der Gewerkschaften. Etwa 26.000 aufrechte

Deutsche - Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Katholiken und Protestanten, Vertreter unterschiedlicher Weltanschauungen - waren bereits in den ersten Wochen in den 1933 geschaffenen 70 KZ und 30 schnell eingerichteten „Schutzhaftabteilungen“ von Justiz und Polizeigefängnissen der Willkür und Folter der faschistischen Henker ausgeliefert. Der von den Nazis inszenierte Reichstagsbrand diente SA und SS dazu, noch brutaler gegen Andersdenkende vorzugehen. Die Bücherverbrennung war Kampfansage an jegliches humanistisches Denken.

Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung der Nazis Beschwichtigungspolitik des Westens

Die Westmächte England und Frankreich kamen in der Hoffnung, deutsches Expansionsstreben werde sich gegen den Osten - gegen die Sowjetunion - richten, den Forderungen der braunen Machthaber nach „Gleichberechtigung Deutschlands“ schrittweise immer mehr entgegen. Sie ermöglichten ein deutsch-britisches Flottenabkommen, das die Aufrüstung der deutschen Kriegsmarine ermöglichte.

Sie gaben „Grünes“ Licht für die Remilitarisierung des Rheinlands und akzeptierten die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die Wirtschaft, auf Rüstungskurs, boomte. Es wurde ein „Rüstungsrat“ gebildet. Bosse der Konzerne wurden zu Wehrwirtschaftsführern ernannt. Die Rüstungsbetriebe füllten die Munitionslager und begannen in Größenordnungen Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe und Panzer zu bauen.

Die Politik der Kriegsvorbereitung wurde durch Friedensdemagogie und soziale Versprechungen für das Volk getarnt.

In einer Reichstagsrede im Mai 1933 hatte Hitler heuchlerisch getönt: „Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker und möchten aus tiefinnerstem

Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.“ Zu den Reichstagswahlen im Oktober 1933 propagierten die Nazis: „Mit Hitler gegen den Rüstungswahn!“

Wenige Monate vorher, im Februar 1933 hatte jedoch Hitler vor Industriellen im Berliner Reichstagspräsidentenpalais versprochen: „Die Frage der Herstellung der Wehrmacht wird nicht in Genf (auf der Abrüstungskonferenz), sondern in Deutschland entschieden werden, wenn wir durch innere Ruhe zur inneren Kraft gekommen sind. Innere Ruhe gibt es aber nicht eher, als bis der Marxismus erledigt ist.“

Zur Absicherung ihrer Kriegsvorbereitungen bediente sich die faschistische Partei auch solcher Tricks:

Den Leuten wurde ein Volkswagen versprochen. Arbeiter und Angestellte wurden aufgefordert, fünf Mark wöchentlich einzuzahlen und insgesamt 750 Mark „anzusparen“. Nicht wenige, die sich auf diese Weise verführen ließen, fuhren später mit dem VW-Kübelwagen in den Krieg.

Oder: Der eine oder andere wurde zugelassen, mit „Kraft durch Freude“ eine kleine Schiffsreise zu machen. Die dafür gebauten Schiffe wurden recht bald zu Truppentransportern oder Hilfskreuzern umgerüstet, um Kriegsdienste zu versehen.

Gepriesen wurde der Bau „hochmoderner Erholungsheime“ auf der Insel Rügen. Wenige Jahre später dienten sie als Lazarette und Krüppelheime für Kriegsoffer.

Die „Volksgemeinschaft“ wurde propagiert. Bald hieß es, für jeden Volksgenossen gelte als Richtschnur des eigenen Handelns: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Und später: „Führer befehl, wir folgen Dir!“

Die Beschwichtigungspolitik der Westmächte erreicht 1938, besonders angeführt von England einen Höhepunkt.

Nachdem England und Frankreich 1938 den Anschluss Österreich an das Reich akzeptierten, verlangten im gleichen Jahr die Henlein-Faschisten in den tschechischen Sudeten die „Heimkehr ins Reich“. England und Frankreich hielten weiter an ihrer

Beschwichtigungspolitik gegenüber den Nazis fest und bekannten sich mit dem Münchener Diktat zur Annexion des Sudetengebiets durch das faschistische Deutschland. Auch die Zerschlagung der Tschechoslowakei wurde von ihnen hingenommen.

Alle Vorschläge der Sowjetregierung an die Westmächte, gemeinsam den Schutz der Tschechoslowakei und dann auch Polens durch vertragliche Übereinkommen zu garantieren, wurden abgelehnt. Bemühungen Moskaus, mit England und Frankreich ein antifaschistisches Friedensbündnis zu schaffen, scheiterten ebenfalls. Eine Anti-Hitler-Koalition zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges kam zunächst nicht zustande.

Faschistische Provokation zur Entfesselung des Krieges

Am 31. August 1939 erfolgte von einer deutschen Sondereinheit ein vorgetäuschter provokatorischer Überfall auf den Reichssender Gleiwitz. Er wurde der polnischen Seite unterstellt. Hitler erklärte am Tag danach, am 1. September: „Seit 4.45 Uhr wird zurückgeschossen“. Der über Jahre vorbereitete revanchistische Krieg, der sich zu einem verheerenden Weltkrieg entwickeln sollte, war von Hitler-Deutschland vom Zaun gebrochen worden. Die deutsche Heeresführung spricht von einem „Blitzkrieg“. Polen wird ausgeplündert. Seine Intelligenz wird weitgehend liquidiert.

Nach dem Anschluss Österreichs, der Aufgliederung der Tschechoslowakei und der Okkupation Polens wird im Rahmen der faschistischen „Neuordnung Europas“ der Überfall auf weitere Staaten unseres Kontinents vorbereitet.

Im April 1940 wird als „Unternehmen Weserübung“ Dänemark und Norwegen überfallen. Im Mai 1940 endet der sogenannte „komische“ oder „seltsame Krieg“ an der Westfront. England und Frankreich hatten auf der Grundlage von Verträgen mit Polen dem Deutschen Reich bereits am 3. September den Krieg erklärt. Obwohl im Kriegszustand, fährt die französische Re-

gierung einen Zickzackkurs. An dieser Front fällt bis zum Juni 1940, also bis zum Einmarsch der Wehrmacht in Luxemburg, Belgien, den Niederlanden und Frankreich kein Schuss.

Mit der Okkupation dieser Länder werden der deutschen Kriegsführung neue Ressourcen erschlossen. Weitere Millionen Arbeitskräfte werden der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt.

Im Februar 1941 bezieht das „Deutsche Afrikakorps“ mit der Landung in Nordafrika Ägypten, Libyen und Tunesien in das Kriegsgeschehen ein. Nicht nur Europa sollte ja arisiert werden, sondern die ganze Welt.

Auf dem Balkan wird im gleichen Monat Bulgarien Opfer der faschistischen Welteroberer. Im April folgen Jugoslawien, Griechenland und Albanien. Die Faschistische Kriegsfurie entfaltet sich fast über ganz Europa. Die „Blitz-Kriegs“-Strategie schien unbesiegbar.

Die Völker der betroffenen Staaten werden in die faschistische Sklaverei gepresst. Allein in Griechenland wird jeder zehnte Bürger Opfer der Nazi-Okkupation.

In den betroffenen Staaten entwickelte sich der Widerstand gegen die Besatzer. Mit brutaler Gewalt, mit Massenmorden schlagen SS und Wehrmacht zurück. Lidice und Oradour stehen für zahllose Orte faschistischer Verbrechen gegen die Menschheit. Die Resistance setzt in Westeuropa und auf dem Balkan trotz des Terrors den antifaschistischen Befreiungskampf fort.

In Deutschland glauben nicht wenige Menschen nach der „Blitz-Kriegs“-Serie an den Endsieg.

Eine neue Dimension der Kriegsführung wurde mit dem Luftkrieg eröffnet. Von deutscher Seite war bereits im „Polenfeldzug“ mit dem Einsatz der Luftwaffe Warschau schwer getroffen worden. Während des Überfalls auf Belgien und die

Niederlande wurde ein vernichtender Luftschlag gegen Rotterdam verübt.

Im Sommer 1940 begann die „Luftschlacht gegen England“. Mit schweren Angriffen gegen London, Birmingham, Coventry, Manchester, Sheffield und andere Städte sollte die Kapitulation des Landes erreicht werden. Allein in London wurden 20.000 Einwohner Opfer der deutschen Luftangriffe.

Die Royal Air Force schlug - später unterstützt von US-Luftstreitkräften - zurück. Großsprecherisch hatte Göring zu Beginn des Krieges verlauten lassen, wenn auch nur ein feindliches Flugzeug den deutschen Luftraum erreichen sollte, könne man ihn fortan „Meier“ nennen. Es waren dann die Jahre gekommen, da britische und US-amerikanische Luftgeschwader bei Nacht und bei Tag ihre Bombenlasten über deutsche Städte abladen und riesige Trümmerfelder hinterließen.

In den an die Sowjetunion angrenzenden und von deutschen Truppen besetzten Ländern wurde 1941 das Aufmarschgebiet gegen den Hauptfeind, gegen den „jüdischen Bolschewismus“ geschaffen. Das „Unternehmen Barbarossa“, der Überfall auf die Sowjetunion, war intensiv vorbereitet worden.

Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

Der Überfall auf die Sowjetunion sollte ursprünglich schon im Frühjahr 1941 - wiederum als „Blitzkrieg“ - erfolgen. Der Balkan-Krieg führte zur Veränderung des Zeitplans. Am 22. Juni begann, was Hitler in „Mein Kampf“ als Hauptziel seiner Außenpolitik genannt hatte: Die Führung eines von Rassenhass bestimmten Vernichtungskrieges gegen den ersten sozialistischen Staat in der Welt. Um „Lebensraum im Osten“ für das deutsche Volk zu schaffen, propagierten die Nazis. Im Oktober 1942 versicherte Goebbels den deutschen Volksgenossen: „Wir müssen uns endlich einmal als Volk an den Fettnapf der Welt setzen. Bisher haben wir nur um blasse Ideale gekämpft...Diesmal geht es um wichtigere Dinge, und zwar um

Dinge, die uns alle angehen, um Kohle, Eisen, Öl, und vor allem um Weizen, damit wir das tägliche Brot auf dem Tisch haben.“ Auf jeden Fall sollte vermieden werden, dass - wie im Ersten Weltkrieg - Hunger an Front und Heimat Einzug hielten.

Außer der Sicherstellung der Ernährung waren die Versklavung und Ausbeutung der Bevölkerung der besetzten Gebiete ebenso eingeplant, wie Millionen Tote im Verlauf des Krieges. Für den Krieg gegen die Sowjetunion war die zahlenmäßig und waffentechnisch stärkste Armee der Welt aufmarschiert, ergänzt durch Verbände des faschistischen Italien und Spanien. Hitlers Weisung an das Oberkommando der Wehrmacht lautete: „Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.“

Der Stabschef des Oberkommandos des Heeres, Halder, hielt die von Hitler drei Monate vor dem Überfall den Heerführern gegebene Orientierung für die Kriegführung in einem Protokoll fest: „Die Streitkräfte zerschlagen, den Staat vernichten. Der Krieg gegen Rußland ist ein Kampf zweier Ideologien. Tod dem Bolschewismus...Unsere Aufgabe ist der Vernichtungskrieg. Unsere erstrangige Aufgabe ist die Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz. Die neuen Staaten werden keine eigene Intelligenz haben. Man darf nicht zulassen, dass eine neue Intelligenz entsteht.“

Zwei Wochen nach dem Überfall verlangte Hitler, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen.

Schon im Winter 1941/42 stand fest, dass der „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion gescheitert war. Moskau und Leningrad waren nicht erobert. Aus der den Angehörigen der Wehrmacht und der SS versprochenen Weihnachtsfeier in der Heimat war nichts geworden.

Leningrad sah sich einer erbarmungslosen Blockade durch die Wehrmacht gegenüber. In einem Befehl des OKW-Chefs Jodl

vom 7. Oktober 1941 wurde erklärt: „Der Führer hat erneut entschieden, dass eine Kapitulation von Leningrad oder später von Moskau nicht anzunehmen ist...Schwere Seuchengefahren sind zu erwarten. Kein deutscher Soldat hat deshalb die Stadt zu betreten. Wer die Stadt gegen unsere Linien verlassen will, ist durch Feuer zurückzuweisen.“

900 Tage trotzten die Leningrader unter fast unmenschlichen Bedingungen dem Gegner.

Die Verbrechen der SS und der Wehrmacht in den besetzten Gebieten nahmen zu. In einem Kommando - Befehl vom Oktober 1942 hieß es: „Von jetzt ab sind bei sogenannten Kommandounternehmungen...gestellte Gegner, auch wenn es sich äußerlich um Soldaten in Uniform oder Zerstörertrupps mit oder ohne Waffen handelt, im Kampf oder auf der Flucht bis auf den letzten Mann niederzumachen.“ Der Krieg der „Herrenmenschen“ war im Sommer 1942 ins Stocken geraten.

Hitler hatte in einem Befehl gefordert, „die den Sowjets noch verbliebene lebendige Wehrkraft endgültig zu vernichten und ihnen die wichtigsten kriegswirtschaftlichen Kraftquellen soweit wie möglich zu entziehen“. Vier Ziele waren von Hitler konkret genannt worden: Eroberung der letzten großen Getreidegebiete, Inbesitznahme der Kohle, die man in Koks umwandeln könne, Besetzung der Ölquellen und Vormarsch zu einem Punkt, an dem es möglich sei, die große Verkehrsader Wolga abzuschneiden. Die Sommeroffensive der Hitler-Wehrmacht konnte des Führers Befehl nicht erfüllen.

In der Schlacht um Stalingrad und den folgenden schweren Kampfhandlungen am Kursker Bogen erzwang die Rote Armee eine Wende in diesem Krieg. Das Kräfteverhältnis erfuhr eine deutliche Veränderung. Die Vorwärtsstrategie der Okkupanten war gebrochen. Die faschistische Kriegführung verlor an der entscheidenden Front, an der Ostfront, die strategische Initiative.

Faschistische Barbarei

In ihrem Vernichtungskrieg überzogen die faschistischen Barbaren europäische Länder mit einem nie dagewesenen mörderischen Terrorregime gegen Andersdenkende und nationale Befreiungsbewegungen sowie ein System der Arbeitssklaverei, dem Millionen Menschen unterworfen wurden. Unbeschreiblich der Völkermord an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma.

Am 20. Januar 1942 hatte die sogenannte Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“ stattgefunden. „Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage“, so lautete das Protokoll der Konferenz, „liege beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei“. Es kämen 11 Millionen Juden für die „Endlösung“ in Betracht. „Im Zuge der praktischen Durchführung (werde) Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt.“ 26 Länder Europas wurden konkret genannt, aus denen die Juden in KZ einzuliefern seien.

Im Holocaust fielen infolge industrieller Menschenvernichtung, Erschießungen, Misshandlungen, Unterernährung und Vernichtung durch Arbeit etwa sechs Millionen jüdische Bürger zum Opfer.

500.000 Sinti und Roma wurden Opfer der faschistischen Henker. Sie waren als Angehörige einer „artfremden Rasse“ und als „gemeinschaftsfremde Untermenschen“ eingestuft und damit zum Tode verurteilt worden.

3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden erschlagen, erschossen oder verhungerten.

Die ersten von ihnen wurden in Auschwitz mit dem Giftgas Zyklon B ermordet.

Dem „Generalplan Ost“ der Nazis zufolge wurde im Rahmen der „Germanisierung“ des Ostens die Deportation oder Ermordung von mehr als 40 Millionen Menschen aus Polen, der Sowjetunion, Litauen, Estland, Lettland und der Tschechoslowakei betrieben.

Allein in den KZ Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück und Sachsenhausen wurden nahezu viereinhalb Millionen Menschen vernichtet. Auch Konzernbetriebe verfügten mit Hilfe der SS über 165 KZ-Nebenlager.

In einer Rede hatte Himmler als „Prinzipien“ des SS-Mannes genannt: „Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und zu sonst niemanden. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht.“

So haben die Völker Europas die faschistischen Schergen, die Vollstrecker faschistischer Ideologie kennengelernt

„Totaler Krieg“ als Schlussakt faschistischer Verbrechen

Im Februar 1943, nach der Niederlage in Stalingrad, verkündete Goebbels den „Totalen Krieg“. Die Faschisten sahen sich einer Situation gegenüber, da der Krieg an der Ostfront immer mehr Menschen und immer mehr Material verschlang. Im Juli 1943 hatten die Wehrmacht und ihre verbündeten Hilfswilligen an der Ostfront über 5,1 Millionen Soldaten im Einsatz. Die Verluste erhöhten sich von Jahr zu Jahr. Nun wurden alle wehrfähigen Männer für den Fronteinsatz mobilisiert. Alle arbeitsfähigen Frauen wurden für den Einsatz an der „Heimatfront“ dienstverpflichtet. Kinder ab 15 Jahren wurden als „Luftwafenhelfer“ eingezogen.

Mit dem „Totalen Krieg“ wurde die Beschaffung von Arbeitsklaven, von Zwangsarbeitern, für die deutsche Kriegswirtschaft weiter intensiviert.

Die Verhaftungen im Reich wegen illegaler antifaschistischer Betätigung, Abhörens von „Feindsendern“, verbotenen Umgangs mit Ausländern, Teilnahme an Arbeitsniederlegungen und Wehrkraftzersetzung stiegen ab Februar 1943 unablässig. Monatlich erfolgten zwischen 40.000 und 67.000 Verhaftungen. Während im Westen die Zweite Front noch ausblieb und an der Ostfront die Rote Armee ihren Vormarsch fortsetzte, versuchten faschistische Kräfte über Kontakte mit Vertretern der Westmächte einen Separatfrieden zu erreichen. Die Versuche scheiterten.

Am 6. Juni 1944, drei Jahre(!) nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion, wurde dann von den USA und England im Westen mit der „Operation Overlord“, der Landung in der Normandie, die Zweite Front errichtet.

Moskau hatte bereits im Juni 1941 auf diesen Schritt gedrängt. Im Juni 1942 war es in London zu Verhandlungen über ein englisch-sowjetisches Bündnis gekommen. In einem Kommuniqué hieß es u.a.: „Im Verlauf der Verhandlungen wurde über die dringende Aufgabe, im Jahre 1942 eine Zweite Front in Europa zu errichten, volle Verständigung erzielt.“ Churchill sagte später, der Termin sei lediglich zur „Irreführung des Gegners“ genannt worden. England habe sich jedoch nicht „zu einer Aktion“ verpflichten können.

An der „Heimatfront“ verstärkte die Nazi-Propaganda ihre antisowjetische Gräuelpopaganda, um die Bevölkerung zum „Durchhalten“ zu zwingen. Zugleich wurde alles getan, um die sogenannte „Wehrbereitschaft“ mit allen Mitteln zu erhöhen. Der „Volkssturm“ wurde zusammengescharrt. Goebbels rief im Spätherbst 1944 zum „letzten Gefecht“ und zum „Endsieg“ auf.

Generalfeldmarschall von Rundstedt ließ in diesen Herbsttagen 1944 durch die Nazi-Kanzlei allen Gauleitern ein Schreiben übermitteln. Darin wurde u.a. erklärt, dass, weil mehr und mehr „deutsche Städte und Dörfer zum Kampfgebiet werden, unsere Kampfführung fanatisiert werden muss. In der Kampfzone muss unser Einsatz zu äußerster Härte und unter Beteiligung jedes wehrfähigen Mannes auf das äußerste Höchstmaß gesteigert werden. Jeder Bunker, jeder Häuserblock in einer deutschen Stadt und jedes deutsche Dorf muss zu einer Festung werden, an der sich der Feind entweder verblutet oder die ihre Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt.“

Generalfeldmarschall Keitel erließ folgenden Befehl: “Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum äußersten gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt. Die Gemeinschaft der anständigen und tapferen Soldaten stößt ihn von sich. Seine Angehörigen haften für ihn.“

Im Februar 1945 verordnet der Reichsminister für Justiz Thierack: “In feindbedrohten Reichsverteidigungsbezirken wird das Standgericht gebildet.“

In den Jahren 1939 bis 1944 hatte die Wehrmachts-Justiz nahezu 6.000 Hinrichtungen befohlen. In den letzten Kriegsmonaten wurden viele hundert Soldaten und Zivilisten Opfer der Standgerichte.

Flugblätter mit Durchhalte - Parolen wurden in den Städten an Häuser, die von englischen und amerikanischen Luftangriffen erhalten oder nur beschädigt worden waren, geklebt. So hieß es beispielsweise in einem dieser Nazi-Pamphlete: „Der Kampf geht weiter! Der Feind hat nicht gesiegt. Durch Lüge und Hetze will er Dich in Verwirrung bringen. Leih nicht dem Feind Dein Ohr! Stehe und kämpfe! Die Wende kommt!“ Nicht wenige Deutsche glaubten noch an die „Wunderwaffe“, die die Nazi-Führung in Aussicht gestellt hatte und mit der der Krieg eine Wende erfahren sollte.

Am 19. März 1945 wurde Hitlers sogenannter Nero-Befehl bekanntgegeben. Darin hieß es u.a.: Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen!“

Die ganze barbarische Menschenverachtung des Faschismus ist in diesem Befehl reflektiert.

Im April erreichten die Kampfhandlungen das von anglo-amerikanischen Bombenangriffen schwer angeschlagene Berlin. Die Rote Armee befreite in opferreichen Kämpfen von Haus zu Haus die Stadt von den faschistischen Bestien.

Bleibende Mahnung und Verpflichtung

Am 8. Mai 1945 konnten die Völker Europas aufatmen: Das faschistische Ungeheuer war in seiner Höhle erlegt worden. Fast fünf Jahre hatte der schlimmste Krieg der Neuzeit, hatte der Zweite Weltkrieg, der von deutschem Boden ausgegangen war, gewütet. Die Anti-Hitler-Koalition hatte den Völkern den Frieden erkämpft.

Das Kriegsgeschehen in Afrika und Asien mit berücksichtigt waren 48 Staaten mit 80 Prozent der Weltbevölkerung in Kriegshandlungen hineingezogen worden. Etwa 110 Millionen Soldaten waren auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen im Einsatz gewesen.

Die Nazis hatten ihre Machtübernahme als „europäische Revolution“ gepriesen. Ihren Kampf gegen die Zivilisation führten sie unter der laut verkündeten Losung, dass ihnen heute Deutschland und morgen die „ganze Welt“ gehören werde. Sie begannen ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit der faschistischen „Neuordnung Europas“. Die Nutznießer ihres

Vernichtungskrieges waren vor allem die deutschen Rüstungsindustriellen, die Konzerne und die Großbanken. Sie fuhren riesige Gewinne ein.

Am Ende ihrer Herrschaft bot halb Europa ein Bild der Verwüstung.

Die Zerstörungen in der Sowjetunion waren im Vergleich zu anderen überfallenen Ländern ungleich schwerer. Himmler hatte 1943 für den Fall eines Rückzugs der Okkupanten befohlen, dass „kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurückbleiben, dass kein Haus stehen bleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für fünf Jahre gestört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist.“ Nach diesem Befehl waren die zurückweichenden Truppen der Wehrmacht und der SS verfahren. Auf mehr als 1.500 Kilometern, auf denen sich die Soldaten der Roten Armee bis nach Deutschland vorkämpften, fanden sie Städte und Dörfer ihres nun befreiten Heimatlandes nur noch als „Verbrannte Erde“ wieder. Das betraf, um nur einige Zahlen zu nennen, 1.710 Städte, 70.000 Dörfer. 31.850 Industriebetriebe, fast 100.000 Kolchosen.

Über 60 Millionen Menschen waren Opfer des Krieges geworden. Die Sowjetunion, die den Hauptanteil an der Zerschlagung des Faschismus hatte, beklagte allein 27 Millionen Tote, die im Großen Vaterländischen Krieg ihr Leben gegeben hatten.

Der 8. Mai wurde in der DDR als „Tag der Befreiung“ begangen. In der BRD galt der 8. Mai als „Tag der Niederlage“, als „Katastrophe“ oder einfach als „Tag des Kriegsendes“. Ein einziges Mal, und zwar zum 40. Jahrestag, wurde vom damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker dieser Tag als Tag der Befreiung vom „menschenverachtenden System des Faschismus“ gewürdigt. Später und bis in die Gegenwart beriet die politische Elite der BRD darüber, wie „Erinnerungskultur“ mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg gepflegt werden sollte. Im vergangenen Jahr beschloss dann das Bundeskabinett, jeweils im

Juni einen Gedenktag für die „Opfer von Flucht und Vertreibung“ zu begehen. Die Ursachen für Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen als Folge des vom deutschen Faschismus provozierten Zweiten Weltkrieges spielten für den Beschluss keine Rolle.

Das Gedenken an die Befreiung von Faschismus und Krieg, zu der die Sowjetarmee unter hohen Opfern Entscheidendes beigetragen hat, soll entsorgt werden.

70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg haben die von USA und NATO geführten „Weltordnungskriege“ Europa erreicht. Mit der Ukraine-Krise, ausgelöst durch den mit Hilfe von Faschisten inszenierten Putsch und den von Kiew erklärten Bürgerkrieg gegen Teile des Volkes, wurde eine gefährliche Destabilisierung auf unserem Kontinent herbeigeführt. Die Ukraine soll als NATO-Basis und Rollbahn gegen Russland dienen. Wie im vergangenen Jahrhundert der Antisowjetismus, so dient nun Russophobie dazu, das alte Feindbild den heutigen Erfordernissen der alten Strategie des „Roll back“ anzupassen.

Selbst der frühere US-Außenminister Kissinger, fürwahr kein Friedenskämpfer, spricht von der Gefahr, die der „neue Kalte Krieg“ für die Welt bedeute. Die Ignoranz dieser Gefahr könne in einer „Tragödie“ enden. Ex-Bundeskanzler Schmidt, von Leitmedien schnell als „Russland-Versteher“ abgekanzelt, hatte davor gewarnt, dass aus dem Machtkampf gegen Moskau um die Ukraine noch „ein heißer Krieg wird“.

Nach der Befreiung vor 70 Jahren galt das Wort: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Dieser Wunsch, diese Forderung, dieses Versprechen hat jetzt höchste Aktualität gewonnen!

Das Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht, sieht, wie sein Präsident, Vladimir Putin, erklärt, seine wichtigste Aufgabe in einem stabilen Frieden.

In dieser angespannten politischen Situation wird die Erinnerung wach an diese Zeilen von Jewgeni Alexandrowitsch Jewtuschenko

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Befrag die Stille, die das schwieg,

im weiten Feld, im Pappenheim,

befrag die Birken an dem Rain,

dort, wo er liegt in seinem Grab, den russischen Soldaten frag!

Sein Sohn dir drauf die Antwort gibt:

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Nicht nur fürs eigne Vaterland fiel

der Soldat im Weltenbrand –

nein, das auf Erden jedermann

in Ruhe schlafen gehen kann.

Holt euch bei jenem Kämpfer Rat,

der siegend an die Elbe trat,

was tief in unsrem Herzen blieb:

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Der Kampf hat uns nicht schwach gesehn,

doch nie mehr möge es geschehn,

dass Menschenblut so rot und heiß,

der bittren Erde wird zum Preis.

Frag Mütter, die seit damals grau,

befrag doch bitte meine Frau.

Die Antwort in der Frage liegt:

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Es weiß, wer schmiedet und wer webt,

es weiß, wer ackert und wer sät,

ein jedes Volk die Wahrheit sieht:

Meinst du, die Russen wollen Krieg?